



Thorsten Frei: Durchsetzung von Recht und Gesetz ist die Basis unserer stabilen Gesellschaft

Kampf gegen Kinderschänder, Cyberkriminelle und Parallelstrukturen intensivieren

Der Deutsche Bundestag befasst sich in dieser Woche mit dem Bundeshaushalt für das kommende Jahr 2021. In der Debatte zum Einzelplan 07 des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz sagte der Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Thorsten Frei:

Berlin, 01.10.2020

Thorsten Frei MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73 972
Fax: +49 30 227-76 972

Wahlkreisbüro:

Justinus-Kerner-Straße 5
78048 Villingen-Schwenningen
Telefon: +49 7721 99 535 44
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.
Thorsten Frei MdB

"Der ‚Justizhaushalt‘ ist der kleinste Etat im Bundeshaushalt. Geld allein steht nicht im Mittelpunkt. Dennoch ist er entscheidend für unsere Freiheit und Sicherheit, für die Stabilität unserer Gesellschaft. Die Sicherung des inneren Friedens ist eine der zentralen Gestaltungsaufgaben des Staates. Grundvoraussetzung dafür ist das Gewaltmonopol des Staates und der Gewaltverzicht des Einzelnen, die Durchsetzung von Recht und Gesetz sowie ein funktionierendes Gerichtswesen. Insofern ist der Einzelplan 7 konstitutiv für die Art, wie wir leben.

Aktuell haben wir vor allem die Frage zu beantworten: Wie schützen wir unsere Kinder im Kampf gegen sexualisierte Gewalt und gegen Kinderpornographie? Die von uns immer wiederholten Forderungen, die nun endlich von der Bundesjustizministerin aufgegriffen werden, sind ein echter Quantensprung. Der aktuelle Gesetzentwurf reicht aber an manchen Stellen nicht aus. Es reicht nicht nur aus, den Strafraumen spürbar zu erweitern und damit auch auf bessere Ermittlungsmethoden zurückgreifen zu können.

Für uns braucht es mehr. Wer wegen einer solchen Straftat an Kindern unter Bewährung steht, darf vor Gericht nicht erneut Bewährung bekommen, sondern muss direkt in Haft. Es braucht die elektronische Fußfessel, um Kinderschänder besser kontrollieren zu können. Denn meistens sind es Wiederholungstäter. Das bedeutet, dass verurteilte Täter nie wieder mit Kindern in beruflichen Kontakt treten dürfen. Heute werden Einträge im Zentralregister nach 3 Jahren gestrichen. Das ist völlig inakzeptabel.

Ein zweiter Bereich in dem wir tätig werden müssen, ist das Internet. Wir müssen auch im digitalen Raum sicherstellen, dass Recht und Gesetz genauso wie in der realen Welt gelten und Straftäter zur Verantwortung gezogen werden. Bestimmte Taten wie ‚Hackerangriffe‘ dürfen nicht länger als Bagatelldelikte behandelt werden. Mit solchen Taten können Menschen zu Tode kommen, wie kürzlich in einem Düsseldorfer Kran-



kenhaus geschehen. Ebenso brauchen unsere Ermittler zeitgemäße Befugnisse wie Online-Hausdurchsuchungen. Hier darf sich die SPD nicht länger sperren.

Und nicht zuletzt werden wir unseren Kampf gegen die Organisierte Kriminalität und Clanstrukturen intensivieren. Wir dürfen keine Paralleljustiz und Friedensrichter in Deutschland dulden. Bei uns gelten unsere Gesetze und wir werden sie durchsetzen. Und weil es häufig sehr schwer ist, diesen Milieus Straftaten nachzuweisen, müssen wir noch stärker auf deren Geldströme blicken, die Quellen offenlegen und sie restlos austrocknen, wenn sie illegal sind.“

Die vollständige Rede finden Sie unter www.thorstenfrei.de/reden/.